

Was brauchen Familien zwischen Erwerbstätigkeit, Fürsorge und fehlender Infrastruktur?

Die Antwort auf diese Frage könnte so einfach sein. Sie würde lauten: Familien brauchen Stabilität, Verlässlichkeit und Planungssicherheit in einer familienorientierten Kommune. Doch wir alle wissen, so einfach ist es nicht. Daher möchte ich die Frage umstellen und fragen „Was braucht denn die Familienpolitik, um Familien eben diese Stabilität, Verlässlichkeit und Planungssicherheit zwischen Erwerbstätigkeit, Fürsorge und fehlender Infrastruktur zu gewährleisten?

Wir alle wissen: Die Bedürfnisse von Familien sind so vielfältig wie ihre Grundkonstellationen und Lebensformen und ändern sich ständig je nach Familien- und Lebensphase. So ist es selbstverständlich, dass Familien in Armutslagen, Familien mit behinderten Kindern, pflegende Familien, Einzeltern- und Regenbogenfamilien oder Familien mit Flucht und Migrationsgeschichte andere Rahmenbedingungen und Unterstützungsmöglichkeiten brauchen als Familien, die von all diesen und anderen Faktoren nicht betroffen sind. Hinzu kämen noch die unterschiedlichen Bedürfnisse einzelner Familienmitglieder je nach Alter und Geschlecht.

Letztendlich hängt die Beurteilung der Bedürfnisse von Familien auch von deren Haltung und Erwartungen ab. Denn ebenso vielfältig wie die Lebensformen, können auch die Erwartungen z.B. an die Familienfreundlichkeit ihrer Kommunen sein. Demnach ist die Festlegung von Kriterien für die Kinder- und Familienfreundlichkeit in Kommunen und die gleichzeitige Berücksichtigung der Interessen aller eine sehr große Herausforderung.

Die Corona-Pandemie hat die sozialen Ungleichheitsbedingungen für Familien in unserer Gesellschaft deutlicher vor Augen geführt, als alle bisher bekannten Studienergebnisse. Der große Lock-Down stellte das Zusammenleben in den Familien auf die Zerreißprobe und brachte eine Reihe von Mehrfachbelastungen mit. Unzureichender Wohnraum, Home-Schooling, Kinderbetreuung, Haus- und Carearbeit sowie Home-Office führten dazu, dass die Anspannung in den Familien stetig wuchs und sie sich in ihrer Ohnmacht von der Politik im Stich gelassen fühlten.

Mit dem sogenannten Social Distancing brachen für die Familien wertvolle Unterstützungsmöglichkeiten durch Großeltern, andere Familienmitglieder, Nachbarn und Freundeskreis von heute auf morgen weg. Der fehlende Kontakt zu Freunden und Gleichaltrigen stürzte viele Familien, Kinder und Senior*innen in soziale Isolation und Fälle von häuslicher Gewalt nahmen zu. Und es waren vor allem Mütter, die in der Pandemie in traditionelle Geschlechterrollen zurückfielen und alleinerziehende Eltern, die vor der kaum zu bewältigenden Herausforderung standen, Kinder und Beruf unter einen Hut zu bekommen.

Doch ganz egal, wie gestärkt oder geschwächt Familien die Corona Pandemie überstanden haben und ganz egal, wie gut oder wie schlecht es den Familien geht, eines haben sie gemeinsam: Sie wollen nur das Beste für sich und für ihre Familienmitglieder.

Auch mit Blick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen ist es umso wichtiger, den Fokus auf die Tatsache zu konzentrieren, dass Familien viel gelernt haben aus der Corona-Pandemie. Sie haben den Umgang der Bundes-, Landes-, und Kommunalpolitik mit den Herausforderungen der Pandemie intensiv beobachtet. Sie haben gelernt, welche Mechanismen in den Kommunen gut und weniger gut oder gar nicht funktionieren, welche

Stellschrauben im System besonders fragil sind, wie weit es mit der hochgelobten Digitalisierung vor Ort aussieht und letztendlich haben sie realisiert, wie familienfreundlich ihre Kommunen tatsächlich aufgestellt sind.

Familien von heute sind gut informiert, flexibel, Bildungs- und Zukunftsorientiert und in einem ständigen Wandlungs- und Lernprozess. Und nicht nur aus diesen Gründen muss kinder- und familienfreundliche Kommunalpolitik als Zukunftsstrategie und Daueraufgabe verstanden werden.

Der demografische Wandel, mangelnde Arbeits- und Fachkräfte, Faktoren wie Betreuungs- und Bildungsqualität, familiengerechte Lebensräume und nicht zuletzt die Diskussionen rund um Vielfalt, Willkommenskultur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt führen immer mehr dazu, dass sich die Kinder- und Familienfreundlichkeit von Kommunen zu einem ernst zu nehmenden Standortfaktor entwickelt.

Ein Großteil der Familien von heute sucht sich ihr neues Zuhause gezielt nach Kriterien der Kinder- und Familienfreundlichkeit von Kommunen aus. Städte und Gemeinden, die eine gute Verkehrsanbindung haben, die dem Wunsch- und Wahlrecht der Eltern gerecht werden, in denen es ausreichend Kitaplätze gibt und die frühkindliche Bildung mit den geringsten Elternbeiträgen oder gar kostenfrei angeboten wird und Kommunen, in denen die Lebensräume familiengerecht gestaltet und in denen Familienbildung groß geschrieben wird, sind attraktiv für Familien.

Kommunen, die diese Kriterien erfüllen, sind auch ökonomisch für die Zukunft gewappnet. Attraktive Bedingungen für Familien und politische Bestrebungen nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind wichtige Standortfaktoren, die mit zunehmendem Arbeits- und Fachkräftebedarf immer mehr an Bedeutung gewinnen. Kommunen, die den Familien gute Lebens- und Rahmenbedingungen bieten, können sowohl Unternehmen als auch Arbeits- und Fachkräfte anziehen wie ein Magnet.

Eine erfolgreiche und nachhaltige Familienpolitik ist kein Luxus, sondern eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft. Maßnahmen, die die Familien stärken und unterstützen, schaffen die Grundlage für eine lebenswerte, vielfältige, resiliente und demokratische Gemeinschaft, die auch den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist. Daher lautet meine Antwort auf die anfangs gestellte Frage: „Familien brauchen eine Familienpolitik, die sie als Grundpfeiler der Gesellschaft anerkennt, wertschätzt sowie individuell und ganzheitlich fördert und stärkt. Sie brauchen eine Familienpolitik, die bedarfs- und zukunftsorientiert gestaltet und nicht proaktiv verwaltet. Und sie brauchen eine vertrauensvolle Familienpolitik, die das tut, was sie verspricht. Dazu gehört auch, dass die im Koalitionsvertrag angekündigte Familienförderstrategie bald als Familienfördergesetz für Baden-Württemberg eingeführt und gemeinschaftlich umgesetzt wird.“

Kontakt:

Feray Şahin

Der Paritätische Landesverband Baden-Württemberg
Bereichsleitung für die Referate Familie, Kinder, Migration, Vielfalt und Demokratie
E-Mail: sahin@paritaet-bw.de
Telefon: 0711-21 55 120